

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM.
mit Zustagen, einzelne Nummern 15 Reichspennige
:: Gemeinde-Verbands-Girokonto
Nr. 3. :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde
Nr. 403 :: Postcheckkonto Dresden 12 546

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Textzeile 20 Reichspennige. Eingeladene
Reklamen 80 Reichspennige

Verantwortliche Redaktion: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 98

Montag, am 28. April 1930

96. Jahrgang

Freitag und Sonnabend, am 2. und 3. Mai 1930
sind die Diensträume im Schloß und Bezirksamt wegen Reinigung
nur vormittags für dringende Geschäfte geöffnet.
Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 28. April 1930.

Das im Grundbuche für Albernorf, Blatt 1, auf den Namen
des Landwirts Hermann Karl Straube in Albernorf eingetragene
Grundstück soll am

17. Juni 1930, vormittags 9 Uhr,
an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert
werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 20 Sektor 92 Nr. groß
und wozu 2036 RM. auf Inventar und Vorräte entfallen, nach
dem Verkehrswert auf 15 240 RM. geschätzt, die Grundbesitzer-
summe beträgt 14 400 RM.; sie entspricht dem Friedensbau-
preis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, S. 72). —
Das Grundstück liegt in Albernorf oberhalb der Hauptstraße und
besteht aus Wohngebäude mit Futterboden und Keller sowie
Scheune nebst Feldern und Wiesen. Die Felder befinden sich in
gutem Kulturzustand, sind aber zum Teil infolge ihrer Lage schwer
zu bewirtschaften.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der
übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere
der Schätzungen, ist jedermann gestattet (Zimmer 16).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie
zur Zeit der Eintragung des am 26. März 1930 verlautbarten
Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich
waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung
zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger
widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der
Feststellung des geringsten Gebots nicht zur Berücksichtigung und bei
der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des
Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß
vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einst-
weilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für
das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verbleibenden
Gegenstandes tritt.
Ja. 6/30 Nr.
Dippoldiswalde, den 24. April 1930. Das Amtsgericht.

Unterhaltungsgenossenschaft für die Note Weißeritz

Dienstag, den 6. Mai 1930, nachmittags 4 Uhr, Ver-
sammlung im Gasthof „zur Post“ in Schmiedeberg. Tagesordnung
hängt in den beteiligten Gemeinden aus
Dippoldiswalde, am 23. April 1930
Bürgermeister Dr. Höhmann, Vor.

Versteigerung.

Dienstag, den 29. April 1930, 10 Uhr vormittags, sollen in
Hirschbach
versch. Wohnungsmöbel, ein Klavier (Hummel), eine
Handdrehmangel, versch. Betten mit Matratzen u.
ein Halbverdeckswagen (blau aufgeschlagen)
öffentlich und meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Gasthof Hasehst.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Straßensperrung betr.

Wegen vorzunehmendem Massenbau wird die Seifersdorfer
Straße von der Wegkreuzung bis zur Füllgrenze Seifersdorf
vom 30. April bis 6. Mai 1930
für sämtlichen Fahrverkehr gesperrt.
Der Verkehr wird während dieser Zeit über Seifersdorf—
Panksdorf—Walter verlaufen.
Dessa, am 28. April 1930. Der Gemeinrat.
Großer, Bürgermeister.

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am gestrigen Sonntag Quasimodogeniti
hielt Pfarrer Müller, Ripsdorf, seine Gastpredigt. Er
war, wie wir neulich schon berichten konnten um die hiesige
zweite Pfarrstelle derjenige Bewerber, den das evangelisch-
lutherische Landeskonsistorium zur Wahl vorgeschlagen hatte.
— Jesus, mein Herr, dieser Brennpunkt, in dem alle Strahlen
unser christlichen Glaubens zusammenlaufen, war Sinn und
Ziel dieser Predigt, die sich dem Texte, 1. Joh. 5, 1—6,
unterordnete. Durch diesen Christus unter Vermittlung seines
Geistes wiedergeboren zu werden in Gott, das ist zugleich
Bedeutung des Sonntages Quasimodogeniti, der somit die
rechte Ueberleitung schafft zwischen dem vergangenen Oster-
fest und dem kommenden Pfingstwunder. Dazu bedarf es
für den evangelischen Christen keines theologischen Dogmas,
auch keiner mystischen Verlebung, sondern der persönlichen
Entscheidung, der Tathandlung: Ich will Gemeinschaft mit
Jesus, mit ihm als Mensch, mit ihm als Offenbarer des
ewigen Gottes. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein führt den,
der es erfahren hat, jedoch nicht zum Ausruhen, sondern zur
Tätigkeit: Im Bild auf die göttliche Liebe nun selbst Liebe
zu üben an seinen Mitmenschen. Dies ist der Wille Gottes,
dies fordern seine Gebote, die so leicht und doch, auf die
widerstrebende Umwelt gesehen, so schwer zu erfüllen sind.
Darum gilt's, für den evangelischen Christen zu kämpfen in
dieser Welt und doch zu wissen, daß dies Ringen für Christus,
den man erfahren hat, letztlich sieghaft sein muß, weil Christus
selbst mit ihm kämpft, um ihn durchs Gericht zum Vater zu

Bombenfund im Warschauer Sowjethaus.

Entdeckung erfolgte vor Abschluß der Vorbereitungen.

— Warschau, 28. April 1930.

Im Gebäude der russischen Gesandtschaft in War-
schau wurde eine Höllenmaschine gefunden, die, wenn sie
zur Explosion gekommen wäre, leicht das ganze Ge-
bäude in Trümmer legen konnte. Alle Anzeichen deuteten
darauf hin, daß es sich um ein sorgfältig vorbereitete
Attentat handelt, dem man vor Abschluß der
letzten Vorbereitungen durch einen Zufall auf die Spur
gekommen ist.

Die Aufdeckung erfolgte durch den Portier des
Nachbarhauses, der auf dem Dach eine verdächtige elek-
trische Leitung fand. Die Untersuchung ergab, daß dort
eine Vorrichtung mit einem Uhrwerk so an das Stark-
stromnetz angeschlossen war, daß zu einer bestimmten
Zeit eine elektrische Verbindung in den Gesandtschafts-
räumen ausgelöst werden konnte. Die sofort alarmierte
Polizei begab sich in das Sowjetgebäude und versuchte,
den Draht, der in den Rauchfang der Gesandtschaft
führte, hervorzuziehen. Dabei riß ein schwerer Gegen-
stand ab und fiel in die Tiefe. Erst nach langen Bemü-
hungen und Durchbruch der Wand gelang es, den Ge-
genstand hervorzuziehen. Er entpuppte sich als ein
dreiviertel Meter langes und 12 Zentimeter dickes,
mit Sprengstoff von höchster Wirkung gefülltes Rohr.
Die Bombe wurde von den Pyrotechnikern zur Unter-
suchung mitgenommen.

Die russische Gesandtschaft in Warschau ist in den
letzten Jahren schon häufig der Ort ausregender Ereig-
nisse gewesen. 1927 wurde dort der russische Ge-
sandte ermordet, 1928 wurde in Warschau ein Attentat
auf einen russischen Handelsrat verübt, und nicht lange
nachdem drang ein Unbekannter in das Gesandtschafts-

gebäude ein, wo er von dem Personal des Gesandten
erschossen wurde.

Der sowjetrussische Gesandte sagt den mißlungenen
Bombenanschlag außerordentlich ernst auf. Nach ihm
man in der sowjetrussischen Gesandtschaft der Meinung,
daß dieses Attentat, wenn es gelungen wäre, sicherlich
zu sehr schwerwiegenden Verwicklungen und vielleicht
zu einem Kriege zwischen Polen und Rußland geführt
hätte. Bis zum jetzigen Augenblick verläutet von di-
plomatischen Kreisen seitens der russischen Gesand-
schaft noch nichts.

Erregung in Moskau.

Rußland schickt eine Note an Polen.

— Moskau, 28. April 1930.

Die Nachricht von dem geplanten Anschlag auf
die russische Gesandtschaft in Warschau hat in Moskau
außerordentliche Erregung hervorgerufen. Inbeson-
dere auch der Umstand, daß in dem der Sowjetgesand-
schaft benachbarten Grundstück, von dem der Anschlag
ausging, die polnische Monarchistenvereinigung ihren
Sitz hat. Es wurde eine Sitzung des Rates der Volks-
kommissare — also nach deutschen Begriffen ein Kabi-
nettsrat — einberufen, in der der Leiter der Außen-
politik, Litwinow, über den Vorfall berichtete. In
Rußland ist man der Ansicht, daß durch das Attentat
eine Kriegserklärung Rußlands an Polen provoziert
werden sollte. Wie verläutet, ist eine russische Note an
Polen in Ausarbeitung befindlich.

führen. Dieser knapp umrissene Inhalt unsers christlichen Glaubens
wurde von Hinweisen auf die ersten Gegenwartsbewegungen
und auf eigene Erlebnisse durchzogen, die von reicher Er-
fahrung des Kanzelredners zeugten. Im Anschluß an den
Gottesdienst fand in der Sakristei eine Besprechung der voll-
ständig erschienenen Kirchengemeindevertreter mit Pfarrer Müller
statt. Hierbei sollte evtl. eine Entscheidung getroffen werden.
Nachdem Pfarrer Müller die Sakristei verlassen hatte, wurde
der aus der Mitte der Kirchengemeindevertreter gestellte Antrag,
den Genannten zu wählen, zum Beschluß erhoben. Die
Wahl war einstimmig. Pfarrer Müller, der sich in der
Zwischengeit in der Superintendentur aufhielt, wurde wieder
gerufen, herzlich begrüßt und beglückwünscht. Wir sind guter
Zuversicht, daß die getroffene Wahl für unsere Kirchengemeinde
Dippoldiswalde eine gesegnete sein wird.

Dippoldiswalde. Nach heftigen Gewitterregen am Sonn-
abend, die in der Umgebung teilweise wolkbruch-
artigen Charakter annahmen, zog ein schöner Sonntag herauf.
Und das Wetter hielt aus, sodaß die vielen, die einen Aus-
flug ins Gebirge oder ins Elbtal in die Baumbühl unter-
nahmen, voll auf ihre Kosten kamen. Der Verkehr auf Bahn
und Landstraße war recht stark, auf letzterer jagten die Privat-
kraftwagen einander. Auch an und auf der Talpferre, die
ja jetzt wieder soviel Wasser hat, daß der Spiegel bald bis
zur Vorpforte heransteht, herrschte reges Leben. Nach unserer
Stadt war lebhafterer Zugang, denn es war ja Jahrmart.
Mit dem Vormittagszug von Hainsberg kamen zahlreiche
Verkäufer, der Mittagszug abwärts brachte eine starke
Besucherzahl. Ungeheuer groß war die Zahl der Fahrräder
und Motorräder, die auf dem Kirchplatz ein- und aufgestellt
wurden. Auf dem Marktplatz herrschte in den Budenreihen
lebhafter Verkehr, der mitunter zu einem Gedränge werden
und heftigsten Gedränge ausartete. Selten haben wir
einen so schönen Jahrmartstag gehabt. Zieht man die all-
gemein schlechte wirtschaftliche Lage in Betracht, so kann man
infolge des schönen Tages und des großen Marktbesuchs
doch sagen, daß die Geschäfte noch recht gut waren. In den
Geschäftsläden der Stadt war der Umsatz recht unterschiedlich;
mancher Geschäftsmann klagt, mancher ist zufriedengestellt.
In den Schankstätten war der Besuch gut, besonders dort,
wo den Besuchern mit Musik und Vorträgen mancherlei ge-
boten wurde. Auch der heutige zweite Jahrmartstag läßt
sich bezüglich des Wetters recht gut an.

Dippoldiswalde. Gestern nachmittag stiegen an der Ede
Freiberger Platz und Freiberger Straße zwei Fahrzeuge zu-
sammen. Ein Rabenauer Herr fuhr mit seinem Opelwagen,
in langsamem Tempo von Bädermeister Schneider her kommend,
direkt nach der Ede von Buchbindermelster Fischer. Als er

kaum die Ede passiert hatte, fuhr ihm ein Kreischer Motor-
radfahrer, der die Freiberger Straße entlang in Richtung
Reichstädt vorschritt, rechts fahrend, in die Planke.
Infolge des Anpralles wurden der Motorradfahrer und die
den Sozius sitzende Dame und ein Kind heruntergeworfen,
erlitten aber keinen Schaden. Während das Auto mit leichten
Verbeulungen davonkam, mußte das Motorrad in Reparatur
gegeben werden. Der Autofahrer gab seine Schuld sofort zu.
Nachdem die Polizei den Fall ausgenommen hatte, regelte er
sogar den entstandenen Schaden, der weit schlimmer hätte
werden können. (Der Automobilklub Dippoldiswalde hat schon
vor über Jahresfrist die Sperrung der Durchfahrt zwischen
dem Schneiderschen Grundstück und dem Lichtmaß inmitten
des Platzes in Richtung Freiberger Straße erbeten. Bisher
ist das leider, wie manche andre von ihm gewünschte Ver-
kehrsregelung, unterblieben. D. N.) — Auf derselben Straße
auf Straßenmitte gegenüber dem Zollamt platzte eine halbe
Stunde später an einem Auto ein Hinterrad. Der Fahrer
reparierte an der so verkehrsreichen Stelle den Schaden, wes-
halb die Vorüberfahrenden recht vorsichtig sein mußten, um
Unfälle zu verhüten.

Dippoldiswalde. Am Sonnabendabend wurde von einem
hiesigen Langholz-Geschirr die Warnungskäule mit der Lokomo-
tive und dem Staatsstraßenbenennungsschild am Löwenchen
Grundstück am Freiberger Platz umgefahren, sodaß der Bahn-
übergang gestern ohne Warnungszeichen war.

Dippoldiswalde. Aufgebote: Werksangestellter Gustav
Gerhard Herbert Gründlich in Dippoldiswalde mit der Weib-
nählerin Elsa Martha Gebauer in Walter, Ristenbauer Willy
Bruno Lieber in Seifersdorf mit der Kontoristin Martha
Katharina Müller in Dippoldiswalde, Versorgungsanwärter
Karl Gotthilf Müller mit Elsa Ida Stenzel, beide in Ober-
häslich. — Eheschließungen: Landwirtschaftlicher Arbeiter
Josef Haben mit der Wirtschaftsgehilfin Franziska Margarete
Sauer, beide in Dippoldiswalde; Kaufmann Alwin Erich
Hille mit der Hausangestellten Helene Rudolph, beide in Neu-
gersdorf; Maurer Bruno Fritz Rohl mit der Hausangestellten
Elisabeth Krämer, beide in Reinholdshain.

Wetter für morgen:

Reichdruck verboten.

Zeitweise aufstrichende Winde aus östlichen Richtungen,
heller bis zeitweilig trüb, Temperaturverhältnisse wenig ge-
ändert, Gewitterneigung, sonst höchstens vorübergehend
leichter Niederschlag.

Beilage zur Weiseritz-Zeitung

Nr. 98

Montag am 28. April 1930

96. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg ist von den Osterferien nach Berlin zurückgekehrt.
— Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wurde bei seiner Fahrt über Paris und London lebhaft begrüßt.
— Staatssekretär von Simson hat sich entschlossen, im Interesse der Fortführung der Saarverhandlungen nicht an der heute in Genf beginnenden Tagung des Sicherheitsausschusses teilzunehmen.
— In Würzburg fand der 33. deutsche Bodenreformertag statt; etwa 600 Vertreter nahmen an der Tagung teil.
— In Magdeburg wurden die Kommunisten Fritz Brätorius aus Burg und Alfred Bahrs aus Jülich als Hauptbeteiligte an den blutigen Ausschreitungen in Leipzig verhaftet.
— In Leipzig wurde der 23. außerordentliche deutsche Sängertag des Deutschen Sängerbundes abgehalten.
— In der königlichen Porzellanmanufaktur in Kopenhagen ist ein zweiter Brand ausgebrochen. Die Ursache ist Brandstiftung.

Unklarheit im Reichstag.

— Berlin, 28. April.
Wenn der Reichstag am Freitag seine Plenarverhandlungen nach den Osterferien wieder aufnimmt, wird er finden, daß sich die parlamentarische Lage während der Verhandlungspause nicht geändert hat. Nach wie vor besteht die Gefahr eines „kurzschlüssigen“ ist mit der Möglichkeit baldiger Neuwahlen zu rechnen.

Die Tagung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei, von der dieselbe eine Klärung der innerpolitischen Lage erwartet wurde, hat eine Entscheidung nicht gebracht. Der Parteivorstand hat sein Bedauern über die Unterstützung der Regierung Brüning durch einen Teil der deutschnationalen Fraktion ausgesprochen, im übrigen aber darauf verzichtet, die Ja-Sager zu maßregeln. Die von einzelnen Landesverbänden gestellten Ausschlußanträge sind nicht zur Abstimmung gestellt worden.

Für die weitere innerpolitische Entwicklung ist aber nicht die Behandlung der letzten Auseinandersetzungen von Bedeutung, vielmehr kommt es hier darauf an, welche Haltung die deutschnationale Reichstagsfraktion in Zukunft einnehmen wird. Eine geschlossene Stimmabgabe der Deutschnationalen gegen die Reichsregierung — das gilt auch heute noch — würde das Kabinett Brüning unbedingt in die Minorität versetzen und deshalb mit der sofortigen Auflösung des Reichstags beantwortet werden.

Die Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes läßt nun keinen Zweifel darüber, daß die Partei die Regierung Brüning bekämpft, obwohl ihr der Präsident des Reichsländerbundes, Schiele, angehört. In Begründung dieser Haltung wird auf die Außen- und Handelsvertragspolitik der Regierung verwiesen, ferner auf Preußen, wo Zentrum und Demokraten mit den Sozialdemokraten regieren. Veränderungen nach dieser Richtung hin sind aber gegenwärtig nicht zu erwarten. Es kommt somit alles darauf an, ob die deutschnationale Fraktion sich veranlaßt sehen wird, Ausnahmen zu machen.

Für die Regierung schafft das natürlich eine unangenehme Lage. Der Kanzler weiß niemals im voraus, wie vieler Stimmen er sicher ist. Und d. h. der Reichskanzler muß einige weitere Wochen das Auflösungsdekret ständig mit sich herumtragen. Aber auch für die deutschnationale Fraktion eröffnen sich nunmehr wenig erfreuliche Aussichten. Die grundsätzlichen Fragen, um die es vor Ostern zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, sind offen geblieben und können so die Fraktion in entscheidenden Augenblicken leicht wieder in Situationen führen, die denen vom 12. und 14. April ähnlich sind. Nun hat zwar der Parteivorstand beschlossen, daß die Entscheidung über die Bestattung von Ausnahmen der Partei- und Fraktionsführung überlassen bleiben soll, doch nimmt das der Fraktion die nervenaufreibende Arbeit der Klärung nicht ab.

Wahrscheinlich wird die Entscheidung über den innerpolitischen Kurs, die jetzt noch einmal vertagt worden ist, bald nachgeholt werden müssen. Auf der Tagesordnung der nächsten Plenarverhandlungen im Reichstag steht die Beratung des neuen Haushaltsplans mit den damit verbundenen Massenabstimmungen im Plenum und in den Ausschüssen. Abgestimmt werden muß über die einzelnen Haushaltskapitel, über Mißtrauens- und Vertrauensanträge. Während aber sonst die eigentliche Entscheidung schon feststand, wenn das Plenum des Reichstags zusammentrat, muß diesmal die Entscheidung erst im Plenum selbst herbeigeführt werden.

Der lähmende Einfluß, den jede Unsicherheit ausübt, kann natürlich bei der Regierung und bei der deutschnationalen Fraktion selbst den Wunsch aufkommen lassen, durch taktische Maßnahmen noch „vor der Zeit“ eine Klärung herbeizuführen. So hört man bereits davon, daß die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion, die vor Ostern Brüning unterstützt hat, in den nächsten Tagen eine Sonder Sitzung abhalten will, um sich mit dem Beschluß des Parteivorstandes zu befassen. Das Ziel dieser Gruppe ist die Steuerung eines Kurzes der „verantwortungsbewußten Opposition“, sie will das Kabinett Brüning in seiner jetzigen Zusammensetzung zwar nicht durchweg stützen, es andererseits aber auch nicht stürzen, ohne daß sie vorher weiß, was nachher kommen wird. Das Kabinett Brüning-Schiele soll so in die Lage versetzt werden, zu zeigen, was es für die Rettung der Landwirtschaft und des deutschen Ostens tun kann.

Die Reichstagsabgeordneten werden also nicht in der besten Stimmung aus den Ferien zurückkehren; statt angenehmer Sommerferien kann es in den Sommermonaten Wahlkämpfe geben.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat vor seiner Vertagung noch eine Entscheidung zum Reichsschulgesetz gefaßt, in der gegen die Stellungnahme des dem Zentrum angehörenden Reichsinnenministers Dr. Wirth opponiert und die baldige Beratung des deutschnationalen Schulgesetzentwurfs gefordert wird.

Kirche und Eherecht.

Evangelisch-katholische Aussprache. — Referenten: Generalinsuperintendent Dibelius und Bischof Dr. Schreiber. — Berlin, 28. April.

Der Preussische Richterverein veranstaltete eine evangelisch-katholische Aussprache über das Thema: Gedanken über die Abänderung des Eherechts.

Für die evangelischen Kreise sprach der Generalinsuperintendent der Kurmark, D. Dibelius, der ausführte, die Gegenwart zwingt das evangelische Christentum, zu erklären, daß es auch von evangelischer Seite bestimmte Grundzüge bezüglich des Eherechts gebe. Das evangelische Christentum sei gebunden an die Vorschriften des neuen Testaments über die großen Fragen des Menschengeschlechts.

Martin Luther habe die persönliche Neigung zwischen Mann und Frau, die zur Ehe führe, sehr wohl gewürdigt, aber dann immer wieder betont, daß die Ehe einen „Stand“ bedeute und daß solcher Stand nicht nur Glück, sondern auch Pflicht sei und eine Last, die in Gottes Namen getragen werden müsse.

Zu dem Eheproblem der Gegenwart bemerkte Generalinsuperintendent Dibelius, die Scheidungspraxis der Gerichte sei sehr unerfreulich, weil sie zur Unwahrheit zwingt. Es werde daher auch von gläubigen Menschen verlangt, daß die Unwahrhaftigkeit durch Erleichterung der Ehescheidung beseitigt werden müsse. Die evangelische Kirche werde stets ihr non possumus sprechen, wenn an dem Wort gerüttelt werden solle „was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden“. Darum stehe sie auf dem Grundsatz der Unauflöslichkeit der Ehe. Von diesem Grundsatz aus lasse sich jedoch diskutieren. Die Kameradschaftsbeziehung wie die Sowjetische schieben völlig aus. Aufgabe der evangelischen Kirche werde es sein, an dem festzuhalten, was festzuhalten sei.

Dibelius sei der Vorschlag des Geheimrats Kahl, eine Ehe zu scheiden, wenn sie seit einer bestimmten Frist nicht mehr bestünde und auch nicht mehr zu erwarten sei, daß sie wiederhergestellt ist. Angesichts des jetzigen moralischen Tiefstandes sei es jedoch eine große Frage, ob man bestehende Bindungen lockern dürfe. Er persönlich habe nicht den Mut, die Verantwortung zu übernehmen.

Als Vertreter der Katholiken sprach der Apostolische Administrator von Berlin, Bischof Dr. Schreiber. Auch der Katholik, so betonte Bischof Dr. Schreiber, berufe sich hinsichtlich der Ehe auf die gleichen Bibelstellen wie D. Dibelius.

Die katholische Kirche stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Möglichkeit zur Scheidung der Ehe überhaupt nicht gegeben sei. Die Kirche könne nur eine Ehe für ungültig erklären; daneben gekatte sie nur die Trennung von Tisch und Bett. Die Ehe sei ein Vertrag, bei dem auch Familie und Staat mitbeteiligt seien. Die Unlösbarkeit dieses Vertrags liege im Interesse des Staates.

Man müsse auf die Frage des Gewissens hören, wenn man sich mit der Frage der Ehescheidung beschäftigen wolle. Von jeher sei es wichtigster Grundsatz gewesen und müsse es auch ewig bleiben, daß das Gemeinwohl über alles gehe. Weil ein Teil des Volkes es so haben wolle, könnten die Ehescheidungsparagraphen nicht geändert werden. Das würde den sehr großen anderen Teil, vor allem die unzähligen überzeugten Christen vergewaltigen. Gerade in den Staaten, wo der Jerrüttungsgrundsatz als Scheidungsgrund zugelassen sei, hätten die Scheidungen in erschreckendem Maße zugenommen. Die katholischen Christen könnten die Ehe dem Bande nach nicht lösen. Christus habe es so bestimmt, weil es für das Gemeinwohl der Menschen notwendig sei. Es sei ganz klar, daß diejenigen, die die Eheform so eifrig forderten, bei dem möglicherweise erreichten Ziel nicht stehenbleiben würden. Die Ehescheidungsreform werde deshalb die Schrittmacherin zur Volkswisierung Deutschlands.

So sehr man auch die unglücklichen Menschen bedauere, die die Banden ihrer Ehe als Fessel empfänden, so müsse man doch auch an die unglücklichen Kinder denken, die unter der Ehescheidung am meisten zu leiden hätten. Als höchster Grundsatz müsse immer das Wort bestehen bleiben: „Salus publica suprema lex.“

Stahlhelm und Reichsehrenmal.

Ehrenmal bei Verla und Freiheitsmal auf Ehrenbreitstein? — Magdeburg, 28. April.

Die Korrespondenz des Stahlhelmbundes beschäftigt sich mit den Plänen zur Errichtung eines Reichsehrenmals und schreibt dazu, die Frontkämpferverbände, die seit Jahren für ein Ehrenmal bei Verla eingetreten seien, hielten nach wie vor an diesem Vorschlag zur Ehrung ihrer im Weltkriege gefallenen Kameraden fest, und wählten, daß der Reichspräsident

hinter ihnen stehe. Der Reichsausschuß, der Verla abgelehnt habe, sei eine private Gründung, die für die Entscheidung über die Frage des Reichsehrenmals keinerlei Kompetenzen habe. Um dem Schaffensdrang der im Reichsausschuß mitwirkenden Architekten jedoch nicht im Wege zu sein, würden die deutschen Frontsoldaten der Ausgestaltung der Feste Ehrenbreitstein zu einem Freiheitsmal am Rhein zustimmen, ohne allerdings die in der Denkschrift des Reichsausschusses angeregte Beseitigung des militärischen Charakters dieses Bauwerkes für notwendig oder arbeitslosenswert zu halten.

Bodenreformertag in Würzburg.

Rundgebung für ein Wohnstättengesetz. — Leipzig der Schöpfer der ersten Bodenreform-Gemeinde. — Würzburg, 28. April.

Unter Teilnahme von etwa 600 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands wurde in Würzburg der 33. deutsche Bodenreformertag eröffnet. Nach Erstattung des Jahresberichts, der ein günstiges Bild der Bewegung entwarf, fand die Wahl des Vorstandes statt, bei der der alte Vorstand mit Prof. Dr. Damaskoschke an der Spitze wiedergewählt wurde. Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung wurde vor allem die Frage erörtert, wie man der Ueberfremdung des deutschen Bodens wirksam entgegenzutreten und ihn vor den ausländischen Spekulantensöhnen kann. Die wirksamste Waffe gegen diese Auswüchse sah die Versammlung in der Beseitigung des Artikels 155 der Reichsverfassung.

Adolf Damaskoschke, der Präsident des Bundes und der Vorsitzende des Beirats für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium, erinnerte daran, daß der kürzlich verstorbene Großadmiral von Tisinger in Rauschon die erste Bodenreform-Gemeinde der Welt aufgebaut habe. Das Anstalten Tisingers, das mit dieser Politik zu verdanken sei, sei noch in Erinnerung; Tisinger sei von der 36. Stelle unter den Häfen Ostasiens zur siebenten emporgeklommen. Keine Einkommen-, Gewerbe oder Umsatzsteuer sei in dieser Ruhestätte deutscher Kultur erforderlich gewesen.

Kebner erwähnte dann die Vorgänge bei den Berliner Grundstücksäusen und kritisierte, daß ein Zwischenhändler beim Verkauf von Doppel-Dreiecksländern in zwei Jahren 1,1 Millionen Mark verdienen konnte. Da 80 v. H. der deutschen Familien mit einem Jahreseinkommen von weniger als 3000 Mark auskommen müßten, müßte eine solche Familie 350 Jahre arbeiten, um einen ähnlichen Gewinn erzielen zu können. Unfruchtbar wäre es, wollte man nun einzelne Personen angreifen, helfen könne nur ein Wohnstättengesetz.

Weitere Vorträge hielten u. a. D. Mumm über „Heimstättenfrage in ihrer religiös-sittlichen Bedeutung“ und der frühere Reichsgerichtspräsident Simon über „Heimstättenfrage und Strafrechtsreform“. In einer zweiten Veranstaltung spielte ein Film: „Die Stadt von morgen“, dem Worte von Hermann Janßen-Berlin, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule, vorausgingen. — Janßen hat seinerzeit den Preis für den großen Plan zum Ausbau der neuen türkischen Hauptstadt Angora erhalten.

Hindenburg wieder in Berlin.

Auch das Reichskabinett wieder vollzählig. — Berlin, 28. April 1930.

Reichspräsident von Hindenburg ist von den Osterferien nach Berlin zurückgekehrt. Am heutigen Montag treffen auch Reichskanzler Brüning und die während der Feiertage von Berlin abwesenden Minister wieder in Berlin ein, so daß das Kabinett nunmehr wieder vollzählig versammelt ist.

Aus Anlaß des fünften Jahrestages seiner Wahl zum Reichspräsidenten erhielt Reichspräsident von Hindenburg zahlreiche Glückwunschkarten; so sandte der sächsische Ministerpräsident Büniger folgendes Telegramm:

„Anlässlich des fünften Jahrestages Ihrer Wahl zum Präsidenten des Deutschen Reiches entbietet Ihnen die sächsische Staatsregierung ihre ehrerbietigen Grüße und bringt Ihnen hiermit die Wünsche tiefer Dankbarkeit und Verehrung des Landes Sachsen dar. Die sächsische Regierung erneuert hierbei ihr Treuegelübde zum Reich und verbindet damit den Wunsch, daß Sie dem deutschen Volke noch lange als hervorragendes Beispiel treuen und anopferungsbollen Tuns am Vaterlande erhalten bleiben mögen.“

England-Fahrt „Graf Zeppelin“

Bei klarblauem Himmel über Frankreich zur Küste. — Freude in London. — London, 28. April.

Unter Führung des Kapitäns Lehmann startete das Luftschiff „Graf Zeppelin“ England einen Besuch ab. Es war der erste Besuch eines deutschen Luftschiffes in London seit dem Kriege!

Der Start in Friedrichshafen ging bei klarblauem Himmel vonstatten. Rasch und sicher erhob sich der „Graf Zeppelin“ in die Luft, um dann in Richtung auf Frankreich zu verschwinden. Herrliches Sonnenwetter begünstigte die Fahrt; über Dijon ging es nach Paris und von dort zur Kanalhälfte nach London. Im Bord befanden sich außer der Besatzung dreizehn Passagiere. Als „Stammgast“ weilte Roby Drummond-Hay darunter, ferner befanden sich an Bord

